

Veröffentlicht unter Lizenz Nummer US 101
Verantwortliche Herausgeber:
Dr. Karl Ackermann & Fritz v. Schilling
Redaktion, Druck, Verlag: Mannheimer
Anstalt
Aut. Marktplatz
Telefon: 41 151, 41 132, 41 153
Bankkonten: Südwestbank Mannheim
Allgemeine Bankgesellschaft Mannheim
Postcheckkonten:
Karlsruhe Nr. 800 16 Berlin Nr. 861 93
Ludwigshafen a. Rh. Nr. 297 43
Erscheint täglich außer sonntags
Für unverlangte Manuskripte über-
nimmt der Verlag keinerlei Gewähr

Mannheimer MORGEN

Unabhängige Zeitung Badens und der Pfalz

Geschäftsstellen:
Schwetzingen, Karl-Theodor-Straße 16
Telefon 216
Weinheim, Hauptstraße 63, Telefon 2211
Heldberg, Pfalz 3, Telefon 0590
Ludwigshafen a. Rh., Rheinstr. 37
Telefon 2768
Bezugspreis: Monatlich DM 2.80 zuzügl.
DM .40 Trägerlohn Postbezugspreis:
Monatlich DM 3.11 zuzügl. DM .51 Zustel-
gebühr. Kreuzabdruck: Monatlich 3.85
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2
Bei Nichterscheinen infolge höherer
Gewalt besteht kein Anspruch auf
die Rückerstattung des Bezugspreises

4. Jahrgang / Nr. 132 / Einzelpreis 0,15 DM Mannheimer Morgen Verlagsge. m. b. H., Mannheim Montag, 11. Juli 1949

VIR Mannheim nach hartem Kampf deutscher Fußballmeister 1949

Westkommandanten verlangen größere Sparsamkeit

Einschneidender Abbau der Ausgaben / Westmagistrat und Bevölkerung beunruhigt
Von unserer Berliner Redaktion

Berlin. Die rigorose Forderung der westalliierten Kommandanten nach einem außerordentlich starken Abbau der Ausgaben des Westberliner Magistrats sowie die Ankündigung einer erheblichen Einschränkung der bisher Berlin gewährten Hilfe und die Verfügung einer finanziellen Beaufsichtigung des Magistrats, die einer Stellung

unter Kuratel annähernd gleichkommt haben in ihrer rauen Art tiefgreifende Besorgnisse in vielen Schichten der seit Jahren unablässig gequälten Bevölkerung hervorgerufen. Es wird in Finanzkreisen nicht bestritten, daß der Magistrat zum erheblichen Einsparungen vornehmen könnte, auch wird zugegeben, daß der Stadtkämmerer in seinen Verlautbarungen viel klarer und in der von den Alliierten früher verlangten Einsparung von 30 Millionen rascher hätte sein können.

Trotzdem geht die Meinung dahin, daß die Kommandantenforderung über das Ziel schießt und die besonderen Verhältnisse Berlins nicht genügend berücksichtigt worden sind. Selbst wenn die Blockade gänzlich aufgehoben wäre, was nicht der Fall ist, so würde das in Rekonzaleszenz befindliche Berlin noch für einige Zeit einen berechtigten Anspruch auf Schonung haben. Die Spaltung der Stadt besteht in vollem Umfange noch wie vor und verteuert die Verwaltung.

Die Lage Westberlins und Westdeutschlands kann nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden. Westberlin hat für seinen Handel zur Zeit kein ausreichendes Hinterland. Bei den westdeutschen Städten liegen die Dinge dagegen ganz anders.

Von der Bevölkerung sind zur Zeit etwa 10 Prozent, von der Westdeutschlands nur 2,7 Prozent arbeitslos. Es sei hier auch an die hundertprozentige Beschlagnahme der Konten erinnert, deren Umwertung in Westberlin noch immer nicht erfolgt ist, sowie an die industrielle Kapazität der Westsektoren, die im Vergleich zum Jahre 1938 heute prozentual noch nicht einmal halb so groß ist wie die Westdeutschlands. Durch Einsparungen und Steuererhöhungen wird der jetzt angeforderte Kreditaufschlag von 720 Millionen jährlich trotz des guten Willens so rasch nicht ausgeglichen werden können. Weitere Unterstützung für Westberlin ist daher unumgänglich. Die Stadt darf sie auch, ohne sich zu schämen, infolge ihrer opfervollen Kämpfe, die sie in der Zeit der Vorkriegszeit für ganz Deutschland, ja Europa führte und in mancherlei Hinsicht auch in Zukunft zu führen haben wird, beanspruchen.

Westberlin beabsichtigt nun die Steuererinnungen auf etwa 50 Millionen Mark im Jahre zu erhöhen und zwar durch Einführung von Steuern auf Kaffee, Tee, Mineralöl, Kapital- und Wechselverkehr sowie Sportwetten.

Ob im ganzen dadurch ein Steuererhöhungserfolg zu erzielen sein wird, bleibt ungewiß. Bisher wenigstens sind die Steuererhöhungen trotz Blockadeaufhebung weiter

gesunken. Ferner will der Magistrat die Subventionen für Lebensmittel und Kohlen sowie die Aufwendungen für die Luftbrücke so stark reduzieren, daß 188 Millionen Mark gespart werden. Auch sollen keine Zuschüsse mehr an die Berliner Versicherungsanstalt, die den Etat wesentlich belastet haben, gegeben werden. Ferner wird mit erheblichen Entlassungen, wahrscheinlich auch Kürzungen von Löhnen und Gehältern, Renten und Unterstützungen zu rechnen sein. 14 000 Enttrümmungsarbeiter werden voraussichtlich schon in den nächsten Tagen arbeitslos werden.

Die durch den Kommandantenbefehl hervorgerufene Lage wird in Magistrats- und Stadtverordnetenkreisen als sehr ernst bezeichnet. Es herrscht jedoch die Überzeugung, daß die Alliierten in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen haben. Ihre Anweisungen würden in dem geforderten Umfang und in der gewünschten Zeitspanne voraussichtlich nur dann erfüllt sein, wenn man äußerst gefährliche Veränderungen der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Kauf zu nehmen bereit wäre.

Alliierte Finanzhilfe für Berlin gekürzt

Frankfurt. (DNA) Die Vorsitzenden des Zweimächtekontrollamtes haben den Verwaltungsrat in einem Schreiben davon in Kenntnis gesetzt, daß die gegenwärtig in Höhe von 60 Millionen DM aus dem Gegenwertfonds an Berlin geleistete alliierte Finanzhilfe ab Mitte Juli um 15 Millionen DM gekürzt werden und außerdem zu Lasten des Zweimächtekontrollamtes gehen wird. Gleichzeitig hat das Zweimächtekontrollamt darum gebeten, die Möglichkeiten für eine Umberleitung der alliierten Finanzhilfe für Berlin in deutsche Verantwortlichkeit zu prüfen.

Behinderung im Lastwagenverkehr

Wiesbaden. (DNA) Ein Lastkraftwagen, der auf dem Wege nach Berlin war, wurde am Samstag vom sowjetischen Grenzposten in Wartha zurückgewiesen. Wie der Fahrer des Lastzuges erklärte, hat die sowjetische Kontrollstelle seit Samstag die Anweisung, keine Lastwagen mehr nach Berlin durchzulassen. Der Lastwagenverkehr zwischen Berlin und dem Westen müsse über die Autobahn Helmstedt-Berlin getätigt werden.

Auch bei den Grenzübergangsstellen Herrenberg bei Lübeck, Gutenfürst bei Hof und Falkenstein bei Coburg werden seit Samstagfrüh Lastkraftwagen nach Berlin nicht mehr durchgelassen.

Dr. Stricker †

Recklinghausen. Am Samstag ist in Recklinghausen der erste Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Stricker, im Alter von 52 Jahren an den Folgen eines Autounfalls verstorben.

Nach der Kapitulation war Stricker von August 1946 bis zum Juli 1947 Verkehrsminister im nordrhein-westfälischen Kabinett. Außerdem wurde er zum Mitglied des Zonenparlaments der britischen Zone in Hamburg und zum Abgeordneten des Frankfurter Wirtschaftsrates gewählt. Nach Gründung der Deutschen Zentrumspartei betätigte er sich in deren ersten Reihen. Am 30. Januar d. J. wurde er in Oberhausen vom Delegiertentag seiner Partei nach der Ablehnung der Verschmelzung mit der CDU als Nachfolger von Dr. Spickard einstimmig zum ersten Zentrumsvorsitzenden gewählt.

Militärgouverneure anerkennen Bonn

Bonn. (DNA) Die drei westlichen Militärgouverneure haben am Freitag die Stadt Bonn als künftigen Sitz der Bundeshauptstadt anerkannt. Dieser Entschluß geht aus einem Kommuniqué hervor, das im Anschluß an die Sitzung der drei Militärgouverneure in Bonn herausgegeben wurde.

Kardinal Frings interveniert

Köln. (ab-Exp.-Ber.) Der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, hat am Wochenende in einem persönlichen Gespräch Gelegenheit genommen, noch einmal bei General Robertson gegen die Demontagepolitik zu intervenieren. „Ich habe versucht“, so stellte der General fest, „die Rechte der Deutschen zu verteidigen.“ Auch das Vertriebenenproblem sei zur Sprache gekommen.

Neuer Rektor der Universität Heidelberg

Heidelberg. (DNA) Der ordentliche Professor für Chemie, Professor Dr. Karl Freudenberg, wurde zum neuen Rektor der Universität Heidelberg gewählt. Freudenberg wurde im Jahre 1888 geboren und gehört seit 1926 der Universität Heidelberg an. Er ist mit der bekannten Weinheimer Lederfabrikantenfamilie Freudenberg in Weinheim an der Bergstraße verwandt.

MORGEN Tagebuch

Mailand. Der Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes ist am Samstag mit der Wiederwahl des Generalsekretärs des allgemeinen internationalen Gewerkschaftsbundes, Giuseppe Di Vittorio, zum Präsidenten des WGB abgeschlossen worden.

Istanbul. Auf dem türkischen Schiff „Corum“, das im Hafen von Istanbul liegt, brach in der Nacht zum Sonntag in einer Chemikalienfabrik Feuer aus, durch das etwa 57 Personen den Tod fanden und 22 verletzt wurden.

Düsseldorf. Die Betriebsbelegschaft der Gebrüder-Bonini A.G. in Geisenkirchen lehnte am Samstag in einer Betriebsversammlung einmütig das britische Angebot ab, die Demontage des Werkes selbst vorzunehmen. Der Abbau des Hydrierwerkes soll am 15. August begonnen werden.

Berlin. Auf Anordnung des Berliner Ostmagistrats hatten am Sonntag anlässlich der Besetzung des bulgarischen Ministerpräsidenten Dimitroff alle öffentlichen und städtischen Gebäude des Sowjetsektors Trauerfarben angezogen.

Bielefeld. Das Bielefelder Sprachericht hat den ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Dietrich Klauke, wegen Zugehörigkeit zur SS im Range eines Gruppenführers bei Kenntnis des verbrecherischen Charakters dieser Organisation zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Jahre Internierungstrafe wurden angeordnet.

Das Pfund soll nicht abgewertet werden

Dafür langfristige Maßnahmen zur Behebung der britischen Schwierigkeiten

London. (UP) Die Finanzminister der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada veröffentlichten am Sonntag im Anschluß an ihre Besprechungen ein Kommuniqué, in dem sie erklärten, daß keine Vorschläge für die Abwertung des Pfund Sterling gemacht würden. Die drei Minister John Snyder (USA), Sir Stafford Cripps (Großbritannien) und Douglas Abbott (Kanada) schlugen vor, technische Besprechungen zwischen den drei Regierungen abzuhalten, um eine weitere ministerielle Konferenz — möglicherweise Anfang September in Washington — vorzubereiten. Die Minister seien zu der Überzeugung gelangt, daß die Durchführung langfristiger Maßnahmen zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten Großbritanniens — außer der finanziellen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten — ins Auge gefaßt werden müssen. Das Ziel müsse sein, so erklärten die Minister in der Veröffentlichung, eine Form des Welt Handels zu finden, unter der die Dollar- und die Nicht-Dollarländer innerhalb eines einzigen multilateralen Systems miteinander Handel treiben können. Alle an einem solchen Projekt interessierten Länder müßten bereit sein, ihre Handelspolitik einer Revision in diesem Sinne zu unterziehen.

Bezüglich der gegenwärtigen akuten finanziellen Schwierigkeiten Großbritanniens haben die Minister eine Prüfung der Gründe vorgenommen, die dem beschleunigten Abfluß der Reserven des Sterling-Gebietes herbeigeführt haben.

Vor der Proklamation des nationalen Notstandes in England

London. (UP) Die britische Regierung bereitet die Proklamation des nationalen Notstandes vor, da sich die Hafenarbeiter

bei verschiedenen Treffen am Sonntag nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen haben. Der Streikaustritt wird Montag zusammenfallen und über die etwaige Aufnahme der Arbeit abstimmen.

Zu den Notbestimmungen in Kraft treten, ist die Regierung ermächtigt, sämtliche Docks im Londoner Hafen von Militär Besetzen zu lassen. Teile der Zivilbevölkerung zur Durchführung der Arbeit der Streikenden auszuheben, alle normalen Abkommen mit den Gewerkschaften außer Kraft zu setzen, öffentliche und private Gebäude mit Beschlag zu legen und die Streikführer oder Streikenden ohne Haftbefehl verhaften zu lassen.

Londoner Konferenz „äußerst nützlich“

London. (UP) Der amerikanische Finanzminister John Snyder begab sich Sonntagmittag im Flugzeug nach Brüssel. Vor seinem Abflug erklärte er Pressevertretern auf dem Flugplatz, daß die Finanzbesprechungen der letzten Tage in London „äußerst nützlich“ gewesen seien. Auf die Frage, was unter den „zusätzlichen Maßnahmen zur Behebung der britischen Finanzkrise“ zu verstehen sei, meinte Snyder: „Ich würde es vorziehen, wenn Sie diese Frage an die Regierung Großbritanniens richteten.“

Der kanadische Finanzminister und er selbst, so sagte Snyder, hätten sich genau über die finanzielle Lage Großbritanniens berichten lassen und hätten weitere Besprechungen technischer Art sowohl in London als auch in Washington vorbereitet. Er konnte keine Auskunft darüber geben, welche Güter von der britischen Entscheidung betroffen würden, daß Großbritannien innerhalb der nächsten drei Monate — außer lebensnotwendigen Gütern — keine weiteren Dollar-Einkäufe tätigen könne.



Eine gefährliche Situation vor dem VIR-Tor Bild: Gayer

Zucker für September noch in Kuba

Minister Stooß vor Landwirten über die Ernährungslage
Von unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart. Landwirtschaftsminister Heinrich Stooß hat vor den Landräten und Oberbürgermeistern Württemberg-Bodens ein ausführliches Referat über die derzeitige und zukünftige Ernährungslage gehalten. Durch die zum erstmaligen im Monat Juli erfolgte Weizenfreigabe sei es möglich gewesen, die Weißbrotzentrallage von 1400 auf 2500 Gramm zu erhöhen. Mit Hilfe der Marshallplan-Gelder sei es gleichfalls möglich gewesen, die Fettzentrallage auf 1000 Gramm zu erhöhen. Die günstigen Ernteaussichten bei den Oelfrüchten ließen erwarten, daß die Fettzentrallage im Herbst vielleicht noch weiter erhöht werden könnte. Dagegen sei bei anhaltender Trockenheit zu befürchten, daß die Milchproduktion rasch absinke. Die Lage auf dem Zuckormarkt sei, nachdem 80% der eigenen Erzeugung ausgegeben seien, ziemlich angespannt, so daß wir für den Rest des Jahres fast völlig auf ausländische Zuckerimporte angewiesen seien. Diese kämen jedoch nur sehr zögernd herein. So liege z. B. der Zucker für den Monat September noch in Kuba.

Als besonders besorgniserregend bezeichnete Stooß die augenblickliche Lage auf dem Fleischmarkt, da die Viehlieferungen, wie in jedem Jahr, um die Erntezeit wesentlich zurückgingen. Die Versorgung müsse daher zum großen Teil aus den Reserven des letzten Jahres erfolgen. Eine Aufhebung der Fleischbewirtschaftung würde gerade jetzt bedeuten, daß die Preise ganz erheblich in die Höhe gingen, so daß ein großer Teil der Bevölkerung kein Fleisch mehr kaufen könnte. Das Ziel müsse sein, auch durch die minderbemittelten Kreise mindestens die Rind- und Kalbfleischpreise zu erschwingen lassen. Die Besatzungsmacht hätte sicherlich besser daran getan, wenn sie in die Preisentwicklung bei Schweinefleisch nicht eingegriffen hätte, da dadurch der Schweineauftrieb sehr stark zurückgegangen sei und der Schwarzmarkt mehr denn je beliefert werde. Das Ministerium werde jedoch alles daran setzen, daß diese Entwicklung abgestoppt werde. Preisrückgang für den Schweinemarkt dürften vor allem die zu erwartenden größeren Schweineimporte sein.

Infolge der günstigen Frühkartoffelernte und mit Hilfe der Zufuhren aus der Pfalz und Niedersachsen könne der einheimische Bedarf gedeckt werden. Wenn jedoch nicht schon in den nächsten Tagen wesentliche Regenfälle einsetzten, dürfte die Früh-, Mittel- und Spät-Kartoffelernte gegenüber dem Vorjahr wesentliche Ertragsverluste zu verzeichnen haben. Hinzu komme, daß der Kartoffelmarkt durch die wesentlich erhöhte Schweinezucht starke Mehranforderungen zur Folge habe.

Die Ernährung Württemberg-Badens, so fuhr Stooß fort, weise gegenüber dem Vorjahr wesentliche Verbesserungen auf, jedoch seien hinsichtlich der eigenen Ernte noch große Risiken vorhanden, zu denen noch hinzukomme, daß von Seiten der Besatzungsmächte bisher noch keinerlei Zusagen über den großen Zusatzbedarf gemacht worden seien. Es sei der Öffentlichkeit anscheinend immer noch nicht bekannt, daß von den insgesamt einer Milliarde Dollar kostenden Lebensmittel-Einfuhren nur etwa zehn Prozent mit Hilfe unserer eigenen Transporte aufgebracht würden. Man dürfe hier

nicht außer acht lassen, daß die Bereitwilligkeit der Besatzungsmächte nicht größer werde, wenn ein scheinbarer Wohlstand in der Lebensmittel-Versorgung vorgetäuscht wird. Aus diesem Grunde sei es auch nicht zu vertreten, wenn heute großzügige Feste mit erhöhten Lebensmittel-Anforderungen abgehalten würden.

Die ersten Umsiedler

Tübingen. (ab-Exp.-Ber.) In Südwürttemberg-Hohenheim, das sich als erstes Land der französischen Zone zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt hat, traf am Sonntag die ersten Flüchtlingstransporte ein. Zunächst werden aus Bayern drei, aus Niedersachsen vier und aus Schleswig-Holstein ein Transport aufgenommen. Nach der Begrüßung der Umsiedler aus Schleswig-Holstein erklärte Ministerpräsident Lübke am 11. in Bad Niederau, er werde versuchen, ein Gesetz ähnlich dem Gesetz zur Einstellung von Kriegsbeschädigten in die Betriebe bei den zuständigen Stellen einzubringen.

Kongreß-Ausschuß soll Ausgewiesenenproblem untersuchen

Frankfurt. (UP) Der amerikanische Kongreß ist, wie vom maßgebenden amerikanischen Senat verläuft, zur Entscheidung eines Studienausschusses für das westdeutsche Ausgewiesenenproblem aufgefordert worden. Nach einer Aufstellung des Leiters der Flüchtlingsabteilung in der amerikanischen Militärregierung, George Weiß, verteilen sich diese Flüchtlinge wie folgt: 100 000 Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Ostzone, 3,5 Millionen Sudetendeutsche, 2 Millionen aus dem jetzt polnischen Gebiet, 3 Millionen aus dem polnischen Gebiet, 3 Millionen Ausgewiesene, 300 000 bis 400 000 „Volksdeutsche“ aus Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, 250 000 „Volksdeutsche“ aus Ungarn, dazu kommen nach der Statistik Weiß noch etwa 1 Million Bombengeschädigte, die noch keine bleibende Heimat gefunden haben.

Der amerikanische Beamte wies darauf hin, daß von den 300 000 Flüchtlingen, die gemäß einem Abkommen zwischen der Doppelzone und der französischen Zone in die letztere umgesiedelt werden sollten, infolge des Widerstandes der Länderregierungen in der französischen Zone bisher lediglich 1000 Flüchtlinge umgesiedelt worden seien.

Sprengungen bei Blohm & Voß beginnen heute

Hamburg. (a. K.-Exp.-Ber.) Der deutsche Standpunkt über die Sprengung bei Blohm & Voß ist dem Gouverneur der Hansestadt Hamburg, D u n o p, vom Hamburger Wirtschaftssenator nochmals in einer persönlichen Unterredung auseinandergesetzt worden. Der Hamburger Wirtschaftssenator hatte darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite für vorläufige Pläne zu einer Neuverteilung des Geländes ohne Sprengung der französischen Zone bisher polnische Absichten existieren. Die polnischen Hoffnungen des Hamburger Senats, Blohm & Voß retten zu können, würden durch die Forderung des Gouverneurs, die Vorkriegszone des Wirtschaftssensators selbst umzusetzen, hinfällig. Heute morgen wird mit den Sprengungen in Hamburg begonnen.